

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Preisprochstele  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 100.

Dienstag, 2. Mai 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, wie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Aufnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Donnerstag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Erlaß.

an die Herren Gutsvorsteher und Gemeindevorstände,  
die Katholikenverzeichnisse betr.

Die Ortsbehörden des hiesigen Bezirks, welche auf den in Nr. 82 dieses Amtsblattes ergangenen Erlaß vom 5. dieses Monats — Nr. 726 B. — mit der Einteilung des erforderlichen Katholikenverzeichnisses resp. Fehlscheins rückständig geblieben sind, werden hiermit erinnert, zu Vermeidung von 5 Mk. Ordnungsstrafe nunmehr bis

zum 6. Mai 1893

den Rückstand zu erledigen.

Großenhain, am 28. April 1893.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

928 B.

v. Wilucki.

C.

## Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die noch im Gange befindlichen Anstricharbeiten an der **Pöschwitz-Blasewitzer Elbbrücke** wird hiermit angeordnet, die **Schornsteine** sämtlicher die gedachte Brücke passierenden Dampfer **100 Meter vor der Brückenstelle nieder zu legen und erst 100 Meter nach Passirung derselben wieder aufzurichten**, sowie innerhalb ge-

bacher Strecke das **Schüren der Kesselfeuer und Auflegen frischen Brennmaterials zu unterlassen.**

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu Sechzig Mark oder entsprechender Haft gehandelt werden.

**Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt als Elbstromamt,**  
29. April 1893.

1124 A.

v. Thielau.

Lo.

## Grasverpachtung.

Die **Grasnutzung** auf dem in der **Flur Gröbä** gelegenen nördlichen **Damme des Verkehrs- und Winterhafens bei Riesa** soll

**Freitag, den 5. Mai d. J.,**

**von Nachmittag 1/2 1 Uhr an im Gasthof zu Gröbä**

auf die drei Jahre 1893, 1894 und 1895 gegen **sofortige Entrichtung des Zinses auf das Jahr 1893** und unter den sonstigen vor Beginn der Verpachtung bekannt zu gebenden Bedingungen **parzellenweise meistbietend verpachtet** werden.

Riesa, am 1. Mai 1893.

**Die Königl. Straßen- und Wasserbau-Inspection I.**

Goebel.

**Die Königl. Bauverwaltung.**  
Diesel.

## Die Heeresvorlage und die politische Lage im Allgemeinen.

\* Auf Einladung des Vorstandes des conservativen Vereins für Riesa und Umgegend hatte sich am Sonntag Nachmittag eine sehr zahlreiche Versammlung aus Stadt und Land im Saale des Wettiner Hof eingefunden. Nachdem der Vorsitzende des Vereins, Herr Kaufmann Rob. Mühlmann, die Versammlung eröffnet und die Anwesenden begrüßt hatte, sprach der Reichstagsabgeordnete unseres Wahlkreises, Herr Kammerherr Freiherr v. Friesen auf Höhe, in zweistündiger, mehrmals von Beifallsrufen begleiteter Rede über „die Heeresvorlage, sowie über die politische Lage im Allgemeinen.“ Nach einigen einleitenden Worten über die Verzögerung des schon seit längerer Zeit geplanten Vortrags und die Bemerkung, daß ihm die Ehre zu Theil geworden sei, in die Commission für die Militärvorlage gewählt zu werden, ging der Herr Reichstagsabgeordnete auf die Sache selbst ein, indem er zunächst einen Rückblick auf die Zeit vor 1866, die Zeit der politischen Zerrissenheit und Unselbstständigkeit in Deutschland, warf. 1870/71 sei durch die glänzenden Erfolge der deutschen Waffen und durch die Einsicht und Weisheit der deutschen Staatslenker die politische Einigung Deutschlands erfolgt und damit ein Verlangen des ganzen deutschen Volkes gestillt worden. Noch schwerer aber, als eine große Nation zu begründen, sei es dieselbe auch zu erhalten. Durch seine politische Einigung hat sich Deutschland im Ausland viel Feindschaft gemacht und die meisten Staaten würden heute die Wiederkehr der politischen Zerrissenheit in Deutschland mit Freuden begrüßen. Vor allem liege es Frankreich, das seine frühere Machtstellung in Europa durch Deutschland verloren, daran, jene dominante Stellung um jeden Preis wieder zu gewinnen. Die Annexion Elsaß-Lothringens, die nach errungenem Siege eine politische Nothwendigkeit war, die aber nachträglich von mancher Seite als ein politischer Fehler bezeichnet worden sei, spiele bei den französischen Revanchegedanken nicht die Hauptrolle, sondern der Verlust der früheren politischen Größe und Bedeutung Frankreichs. Die frühere Stellung wieder zu gewinnen, sei der Gedanke aller Franzosen ohne Ausnahme. Dies könne aber nur durch einen Machtkrieg gegen Deutschland geschehen, und um diesen mit Erfolg führen zu können, hat Frankreich die größten Anstrengungen gemacht, sein Heer zu vermehren und es immer kriegstüchtiger zu machen. Kein Opfer sei dem französischen Volke zu groß, das für Vermehrung und eine bessere Ausbildung der Armee gefordert werde, — es wird gebracht. Die gleiche Gefahr wie im Westen, droht uns im Osten. In Rußland herrscht allgemein die Anschauung, daß das Slaventhum einmal zur Herrschaft in Europa gelangen müsse, und der Weg zur Erreichung dieses Zieles führe über Konstantinopel. Selbst Venedig hat zugestanden, daß, wenn Rußland erst in den Besitz Konstantinopels und der Türkei und damit zur Herrschaft über das Schwarze Meer und das Mittelmeer gekommen sei, dies die Vernichtung des deutschen Handels und der deutschen Industrie zur Folge haben würde. Rußland hat jetzt — die Berichte über den dort herrschenden Nothstand sind übertrieben —

eine kriegsbereite Armee, die der deutschen weit überlegen ist. Deutschland liegt zwischen zwei mächtigen Nachbarn und ist in Gefahr, von ihnen zermalmt zu werden. Selbst das kleine Dänemark würde sich voraussichtlich an einem Kriege gegen Deutschland beteiligen und letzteren durch seine Kriegsstärke im Norden zu schaffen machen. Ohne den durch Bismarck geschaffenen Dreieund der mitteleuropäischen Mächte Deutschland, Oesterreich und Italien wäre die politische Lage Deutschlands noch viel schwieriger. Das dürfe man sich nicht verhehlen, daß, wenn Deutschland in einem künftigen Kriege unterliegt, es auf Jahrhunderte hinaus politisch und auch wirtschaftlich ruiniert sei. Darum müsse Alles geschehen, um dieser Möglichkeit im voraus zu begegnen. Die Heeresvorlage sei durchaus nichts Erwünschtes, nichts Erfreuliches, aber sie sei eine zwingende politische Nothwendigkeit. Nicht bewilligen wir die geforderten Opfer für die Regierung, sondern für die Sicherstellung des deutschen Volkes. Der Herr Redner ging nunmehr auf das Wesen der Militärvorlage näher ein und brachte hierbei die seitberige Ungleichheit in der Wehrübung, die trotz der allgemeinen Wehrpflicht bisher nöthige Zurückstellung Tausender von kriegstüchtigen jungen Männern und die von liberaler Seite früher schon geforderte zweijährige Dienstzeit zur Sprache. Die geforderten 4 Bataillone seien von allen Mitgliedern der Commission als praktisch anerkannt worden. Wenn man trotzdem gegen die Militärvorlage sei und die Partei- und Fraktionsinteressen über die Interessen des gesammten deutschen Volkes stelle, so sei dies einfach unbegründet. Sind denn die für Durchführung der Heeresvorlage geforderten 60 Millionen Mark jährlich, aber ein unerschwingliches Opfer? Sachsen mußte vor 1866 für seine Armee jährlich 4 Millionen Thaler oder 12 Millionen Mark im Wege der directen Steuer aufbringen. Jetzt liege die Sache anders. Zwar müßten die einzelnen Bundesstaaten ihre Militärbeiträge an das Reich zahlen, erhielten aber von diesen die Ueberschüsse von den Jölen. Sachsen zahlt einen Beitrag von 12 Millionen Mark an das Reich, erhält aber dafür von dem Reich 22 Millionen Mark zurück. Die 60 Millionen Mark würden durch eine Steuererhöhung von 1 Mark 20 Pf. pro Kopf gedeckt werden. Herr von Friesen ist für die Heeresvorlage, aber nicht für die von der Regierung vorgeschlagenen Deckungsmittel aus einer Erhöhung der Bier- und Spiritussteuer. Gerade die vorgeschlagenen Mittel haben der Vorlage viele Gegner gebracht. Die Biersteuer anlangend, so könnte diese wohl von den großen Actienbrauereien getragen werden, den kleineren Brauereien aber würde eine Steuererhöhung den Todesstoß versetzen. Durch das in Bayern zu Recht bestehende Reservatrecht seien die dortigen großen Brauereien gegen die norddeutschen ohnehin wesentlich im Vortheil, und so würden von einer Erhöhung der Biersteuer namentlich die letzteren getroffen werden. In Betreff der Spiritussteuer ist zu bemerken, daß die Maissteuer in den letzten zwei Jahren um 2 Millionen Mark zurückgegangen sei, weil viele kleine Brennereien zu Grunde gegangen sind. Deswegen ertrage auch diese Steuer keine Erhöhung und überhaupt sei für die Landwirtschaft zu einer gesunden Fortentwicklung eine größere Stetigkeit zu wünschen, als dies in den letzten Jahren

der Fall gewesen sei. Dagegen könnte die Börsensteuer recht wohl zur Deckung der Militärlasten herangezogen werden. Der jährliche Umsatz an der Börse in den Geschäften, die der Stempelsteuer unterliegen, betrage 136 Milliarden Mark, ungerechnet der vielen, zum Theil unrentellen Geschäfte, die von der genannten Steuer nicht getroffen werden. In Hamburg allein werde fünfmal mehr Getreide gehandelt, als ganz Deutschland erbaute. Dazu ist die Stempelsteuer gegenwärtig sehr niedrig und eine Erhöhung des Stempels auf den fünffachen Betrag könnte allein die Kosten der Heeresvorlage decken. Dann aber würde eine staatliche Controlle der Börsengeschäfte nothwendig sein und diese will das Judenthum nicht, in dessen Händen die Börse ist. Man soll nicht jeden Juden aus dem Lande vertreiben wollen, aber der Ueberwucherung des Judenthums müsse in Deutschland ein Ende gemacht werden. Die conservatieve Partei, die unter den ca. 400 Mitgliedern des Reichstages leider nur 60 Vertreter hat, habe in das neue Berliner Parteiprogramm, das übrigens an den alten Grundgedanken der Partei festhalte, die Forderung aufgenommen: „Wir wollen für das christliche deutsche Volk eine christliche Obrigkeit, christliche Lehrer für christliche Kinder.“ (vehhaftes Bravo!) Durch diese Forderung sei der Schwerpunkt des conservativen Parteiprogramms gekennzeichnet. In Berlin betrage die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte 40 Prozent, in Breslau gebe es mehr jüdische Richter als christliche und ebenso überwiegend sei in den großen Städten Preussens die Zahl der jüdischen Lehrer. Es ist durchaus nothwendig, daß der zersetzende jüdische Einfluß in Deutschland gebrochen werde. Darum ist auch die gegenwärtige antisemitische Bewegung in Deutschland nur mit Freuden zu begrüßen und wird dieselbe, wie sie die Unterstützung eines jeden guten deutschen Patrioten verdient, auch die Unterstützung der conservativen Partei voll und ganz finden. Auch der Liberalismus habe vor 1866 viel Gutes geschaffen, dann aber, aus Ruher gekommen, die liberalen Anschauungen in seinem Interesse ausgebeutet und das Großcapital und die Großindustrie gegen das Kleingewerbe begünstigt. Auch manche Forderungen der Socialdemokratie haben ihre Berechtigung, nur sei es zu beklagen, daß die Arbeiter von gewissenlosen Agitatoren verhetzt werden, die es ebenfalls verstehen, die sozialdemokratische Bewegung ihren eigenen Interessen dienst- und nutzbar zu machen. Die sozialdemokratische Parteileitung und ihr Anfang werde am besten durch die Stellung gekennzeichnet, die sie den Arbeiterschutzgesetzen gegenüber einnimmt. Alle und jede Fürsorge der Regierung für die Arbeiter werde mit Schmutz beworfen und in den Koth gezogen. Wenn der conservativen Partei der Vorwurf gemacht worden sei, daß sie nicht genug Energie entwickelt habe, so möge man bedenken, daß sie im Reichstage in einer zu großen Minorität sei, um etwas durchsetzen zu können. Man wähle nur mehr conservatieve Vertreter in den Reichstag und die Fraktion werde wirksamer und erfolgreicher vorgehen können. In letzter Zeit haben die conservativen Reichstagsabgeordneten v. Friesen, Hammerstein und Dr. Mehnert einen Antrag im Reichstage eingebracht, nach welchem die Einwanderung der Juden in Deutschland verboten werden